



Niederschrift

16. Plenarsitzung des Gemeinderates

20. Oktober 2020, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

5.

Punkt 3 der Tagesordnung: Neufassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Vorlage: 2020/1062

dazu:

Änderungsantrag: AfD

Vorlage: 2020/1209

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - die aus der Anlage 1 (der Vorlage) ersichtliche geänderte Fassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Karlsruhe.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: § 8, Ziffer 7 – Redezeit – bei 32 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt

Restliche Beschlussvorlage: Bei 40 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag: Bei 3 Ja-Stimmen und 44 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass aus der Hauptausschuss-Sitzung von letzter Woche wir jetzt noch einmal eine Veränderung vorgenommen haben, die Ihnen nicht ausreicht, die aber dennoch ein etwas veränderter Text an dieser einen Stelle ist. Von daher weicht diese Beschlussvorlage noch etwas ab von dem, was wir in der Vorberatung hatten. Mir ist auch angekündigt, dass wir den § 8, der die Redezeit auf drei Minuten reduziert, separat abstimmen, weil das nicht die Zustimmung mindestens einer Fraktion findet, wenn ich das richtig verstanden habe.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Rein grundsätzlich wollen wir gar nichts zu dieser Satzung sagen. Ich will einfach nur aus Praktikabilitätsgründen den Anlass nehmen, um Sie um etwas zu bitten. Wenn Sie wollen, dass wir das schriftlich machen, dann machen wir das auch gerne schriftlich. Wir würden es für richtig halten, dass auch die Redezeit des Sitzungsvorsitzenden im Anschluss an die Aussprache zu verschiedenen Tagesordnungspunkten oben angezeigt wird.

Der Vorsitzende: Wenn es weiter nichts ist, können wir das gerne machen. Dann können Sie mich anschließend immer am Wickel bekommen.

Stadträtin Fenrich (AfD): Wir haben einen Änderungsantrag gestellt für die Neufassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates zu § 5, § 8 und § 9. Ich glaube, die Begründung, die wir gebracht haben, ist selbstredend. Die Verwaltung hat Stellung genommen. Im Prinzip hat sie nicht negiert, dass es falsch ist, was wir wollen. Wenn ich es richtig verstehe, ist es eigentlich überflüssig.

Jetzt möchte ich aber dazu sagen, eine Geschäftsordnung ist kein formelles Gesetz, sondern es ist – ich sage es laienhaft – eine Gebrauchsanweisung. Eine Gebrauchsanweisung, wie ich Gesetze, Rechtsverordnungen, etwas, was höher im Recht steht, umsetze. Von daher denke ich, dass es sinnvoll ist, insbesondere in § 8 Absatz 1, weil wir da in der alten Fassung hatten: Die Einladung und Unterlagen werden in Papierform geschickt. Jetzt steht drin, elektronisch. Ich finde, man sollte zum Zwecke der Klarstellung – es ändert sich nichts, da hat die Verwaltung Recht – hineinschreiben, dass auf Anforderung des einzelnen Stadtrates die Unterlagen in Papierform zur Verfügung gestellt werden. Der Zweck dahinter ist, dass nicht jeder Stadtrat anrufen muss: ich hätte es gerne in Papierform. Ich habe selber die Erfahrung im Ausschuss gemacht, beim Klinikum beispielsweise, dass es nicht funktioniert hat. Es war ein Versehen, kann aber passieren. Wenn aber die Verwaltung hergeht und sagt, wer hätte es denn gerne in Papierform, dann wäre das eine runde Sache. Bei § 8 Absatz 2 - da geht es um die Redezeit - möchte ich nur darauf aufmerksam machen, dass eine Vereinbarung im Ältestenrat natürlich keine Bindung, keine Rechtswirkung hat. Der Gemeinderat entscheidet letztlich immer, ob eine Redezeit geändert wird, also in dem Fall beschlossen werden soll. Der Gemeinderat ist immer am Zug. Die Vereinbarung im Ältestenrat ist eine Willensbekundung, aber nicht verbindlich, auch nicht nach dem Gesetz.

In § 9 Absatz 2 lag uns daran, mit der Begründung des Antrags und der Aussprache auch diesen Begriff der Abstimmung mitaufzunehmen. Wir wissen natürlich, dass das im Gemeinderat mit einem Geschäftsordnungsantrag immer wieder gekippt werden kann. Aber wichtig ist es, wenn man bei Anträgen, die saisonal relevant sind, wie zum Beispiel Übernachtung von Obdachlosen mit Hund oder Alkoholverbot auf dem Werderplatz, die Abstimmung mit hineinnimmt. Dann ist es noch einmal klarstellend. Dass das natürlich ausgehebelt werden kann durch einen Mehrheitsbeschluss des Gemeinderates, ist logisch. Aber ich finde, zur Klarstellung und im Rahmen dessen, dass es eine Gebrauchsanweisung ist, sollte man das vielleicht berücksichtigen.

Stadtrat Høyem (FDP): Mit einer Ausnahme ist diese Neufassung absolut okay. Die Ausnahme sind die drei Minuten Redezeit. Ich möchte gerne Danke sagen für einen wunderbaren Wahlkampf im Mai 2019, mit Euch allen hier. Ihr habt gesprochen und gesprochen und gesprochen. Das haben wir alle im Wahlkampf. Wir haben gesagt, wir wollen gerne in den Gemeinderat gewählt werden. Jetzt sind wir hier, gewählt, da können wir auch weitersprechen. Demokratie

brauch ganz einfach Zeit. Diese Zeit haben wir uns gewünscht im Wahlkampf, dass wir hier gewählt werden. Wir sollten uns die Zeit nehmen, weiter zu diskutieren, wenn es notwendig ist.

(Zuruf **Stadtrat Ehlgötz/CDU**)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte noch einmal feststellen für unsere Fraktion, dass wir mit diesen drei Minuten absolut nicht einverstanden sind. Das ist einfach nur noch eine Sprechblasenkultur hier im Haus. Das ist Fix und Foxy, das ist Mickey Mouse. Gut, wenn die GRÜNE das brauchen, um sich selbst zu disziplinieren. Aber nehmen Sie bitte nicht uns alle in Geiselhaft. Sie sind die, die immer am meisten überziehen. Das muss einfach einmal hier gesagt werden.

(Vereinzelter Beifall, Zurufe)

Sie beantragen drei Minuten und reden immer länger, und dann auch noch mit einer Selbstverständlichkeit, die mich ärgerlich macht. Das muss ich ganz offen sagen. Meiner Ansicht nach hat es in der Geschäftsordnung überhaupt nichts zu suchen, dass es mit drei Minuten festgeschrieben wird. Das ist eine Unkultur. Ich weiß nicht, wo die her kommt bei den GRÜNEN. Ich verstehe es wirklich nicht, was für Lebenserfahrung dahintersteht. Meine Lebenserfahrung ist die, man braucht Zeit, um sich auszutauschen.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist einfach so. Sie können jetzt ruhig lachen. Das ist mir wurscht. Aber drei Minuten - ich würde jetzt wirklich auch an die CDU appellieren, auch an die SPD, machen Sie das nicht mit. Machen Sie das nicht mit mit den drei Minuten.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Dem Appell von Kollegen Cramer kann ich nichts mehr hinzufügen. Sie wissen, dass ich persönlich immer mit unserer Zählgemeinschaft gegen eine dreiminütige Redezeitbegrenzung gestimmt habe. Wenn wir heute genau zugehört haben bei den Haushaltsreden, war immer von Demokratie die Rede, und dass wir uns hier austauschen und das gegenseitige Einvernehmen sehen. Das braucht tatsächlich Zeit. Deshalb werde ich persönlich – wie meine Kollegen abstimmen, weiß ich nicht – gegen die drei Minuten stimmen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Da wir jetzt schon direkt angesprochen wurden, möchte ich dann doch noch einmal auf einen Punkt abheben, der jetzt in der Änderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung leider aus unserer Sicht keine vollständig befriedigende Umsetzung gefunden hat, der aber in demselben Kontext steht.

Es ist so, dass wir auch darüber gesprochen haben, gerade die inhaltliche Vorberatung von Anträgen aber auch von Vorlagen der Verwaltung in den Ausschüssen vorzubereiten. Dabei ist uns ein ganz wichtiges Anliegen, dass die Vorberatungen auch – sofern es rechtlich zulässig ist, ein paar Ausnahmen gibt es – öffentlich stattfinden können. Dann kann sich dort tatsächlich Zeit für Debatte und Austausch genommen werden. Die Öffentlichkeit – seien es Einzelpersonen oder die Presse – kann dem dann auch beiwohnen. Wenn wir im Gemeinderat eine Debatte führen, so wie wir es jetzt gerade tun, ob das drei Minuten, fünf Minuten oder 10 Minuten sind, werfen wir uns einfach nur dieselben Argumente an den Kopf. Aber es ist trotzdem keine Debatte, die ineinandergreift und dadurch zu weiteren Ergebnissen führt. Daher plädieren wir

wirklich für eine ernste inhaltliche und öffentliche Auseinandersetzung. Diese Aufgabe liegt dann bei Ihnen als Ausschussvorsitzende, so haben wir es jetzt festgehalten. Deswegen können wir sehr gut mit der Verkürzung der Debattenzeit leben, wenn die Öffentlichkeit gerade in den Ausschüssen stärker mitgenommen wird.

Stadtrat Høyem (FDP): Nur ein Satz an meinen jungen Kollegen Löffler: Meine Demokratieauffassung ist nicht so, wie Ihre. Wenn Sie eine gute Rede hier halten, dann kann ich auch meine Meinung ändern.

(Zuruf)

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich möchte zur Aussage von Stadtrat Löffler etwas sagen. Es ist so, wenn wir in den Ausschüssen schon Öffentlichkeit haben, dann können wir nicht mehr richtig diskutieren. Wir brauchen einen geschützten Raum, wo man auch seine Meinung ändern kann. Wenn die Öffentlichkeit da ist, ist das nicht mehr möglich, weil man Angst hat, sein Gesicht zu verlieren.

(Weiterer Zuruf)

Deswegen bin ich eindeutig dafür, dass Ausschüsse diesen Schutzraum der Nichtöffentlichkeit behalten.

Der Vorsitzende: Wir haben das wirklich stundenlang vordiskutiert. Herr Stadtrat Hock, Sie bekommen natürlich das Wort.

Stadtrat Hock (FDP): So kann man es natürlich nicht stehen lassen, wie Kollege Löffler gerade sagte. Wie oft ist es denn vorgekommen, dass man sich in Vorberatungen in Ausschüssen eigentlich einig war. Dann hat man in den Fraktionen weiterdiskutiert und kam dann in den Gemeinderat mit einer ganz anderen Haltung. Das war nicht einmal, das war seit ich dabei bin schon hunderte Male. Deshalb ist das völlig an der Realität vorbei. Da mangelt es dann auch an der Erfahrung, wenn man so eine Aussage machen kann. Das tut mir leid.

Der Vorsitzende: Jetzt waren wir doch gemeinsam so friedlich, haben das alles entwickelt.

(Zurufe, Heiterkeit)

Die Frage ist, ob wir es als Änderungsantrag nehmen oder als getrennte Abstimmung. Es ist im Ergebnis aber gleich.

Ich stelle jetzt nur den § 8, Ziffer 7, die Redezeit, zur Abstimmung. – Der § 8 findet die Zustimmung, so wie er drinsteht.

Jetzt stelle ich den Rest der Geschäftsordnung ...

(Zurufe)

Nein, es war kein Änderungsantrag. Ich habe gesagt, ich mache getrennte Abstimmung und stelle den § 8, Ziffer 7 zur Abstimmung. Das ist kein Änderungsantrag.

(Weitere Zurufe)

Ich teile die Gesamtbeschlussvorlage in den § 8, Ziffer 7. Das haben wir abgestimmt. Dann stimmen wir über den ganzen Rest der Vorlage ab. Es war der Wunsch nicht als Änderungsantrag, sondern getrennte Abstimmung.

Ach so, Sie meinen den Änderungsantrag. Ja, da haben Sie Recht. Entschuldigung, das habe ich jetzt missverstanden. Dann war die Reihenfolge falsch. Können wir trotzdem dieses Ergebnis akzeptieren?

(Zuruf)

Nein, das können wir nicht machen, weil Ihrer sich auch auf den § 8 bezieht. Dann machen wir es jetzt noch einmal der Reihenfolge nach. Sie haben völlig Recht.

Als erstes muss ich den Änderungsantrag der AfD zur Abstimmung stellen. Denn stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Der ist damit abgelehnt.

Jetzt muss ich die Abstimmung wiederholen. Ich teile wieder die Beschlussvorlage auf. Es kommt noch einmal der § 8, Ziffer 7 hier zur Abstimmung, so, wie er in der Vorlage steht.

(Unruhe, Zurufe)

Das ist eine deutliche Mehrheit.

Jetzt stelle ich den ganzen Rest der Beschlussvorlage zur Abstimmung, alles, außer diesem besagten Paragraphen. – Das ist eine deutliche Mehrheit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
9. November 2020